

Arbeitsgesetz nach Sowjetmuster

Scheinheilige Kommentare der SED-Presse — Der FDGB „studierte“

Berlin (Eigenbericht). Die SED-Presse veröffentlicht zur Zeit auffallend viele Kommentare über angeblich unsoziale Arbeitsgesetzgebung im Westen. Jeder kleine, unbedeutende Lohnstreik in Westherlin und Westdeutschland wird, unsinnig aufgebauscht, gemeldet. Hinter dieser Kampagne sucht die SED zu verbergen, daß sie das unsozialste aller Arbeitsgesetze einführen will: In Zusammenarbeit mit einer kürzlich aus der Sowjetunion zurückgekehrten FDGB-„Studiendelegation“ bereitet das sowjetzonale Arbeitsministerium ein neues Arbeitsgesetz vor, das dem der Sowjetunion weitgehend angeglichen ist. Es besteht im wesentlichen — entsprechend seinem Vorbild — in der Abgabe großer Teile des Arbeitsrechts an das Strafrecht.

Entscheidend ist bei den neuen Gesetzen, daß der kommunistische Staat zugleich als Gesetzgeber, Arbeitgeber, Lohngestalter und Gewerkschaft auftritt. Der Arbeiter gerät dadurch in einen Kreislauf der Staatsmaschinerie, der ihn arbeitsrechtlich wehrlos macht.

Gesetz nach Plan

Weiter wird das kommende Gesetz von der Tatsache bestimmt, daß es einem anderen Gesetz, nämlich dem jeweiligen „Volkswirtschaftsplan“, untergeordnet ist. Hier kann nicht nach Maßgabe der Arbeitsgesetze die Produktion geplant werden, sondern das Arbeitsrecht richtet sich nach den Erfordernissen des Plans.

Vermutlich aus der Erfahrung der seit 1945 „verplanten“ Jahre schöpfend, soll das neue sowjetzonale Arbeitsrecht in erster Linie dafür sorgen, daß man für alle kommenden Pannen Schuldige zu finden vermag. Für jeden „Planverstoß“, jede „Fehlplanung“ und jede „Vergeudung von Arbeitskraft und Material“ werden die unteren Instanzen bis zum Arbeiter selbst verantwortlich gemacht. Wenn der Plan die Verwendung minderwertiger Ersatzstoffe für Industrieartikel vorschreibt und die ganze Produktion als Aus-

schuß auf den Schrotthaufen wandert, ist der Produzierende, für den der Plan Gesetz ist, verantwortlich — und nicht der Planer.

Streik = Hochverrat

Die hinterhältigsten Paragraphen sind die der strafrechtlichen Haftung für Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin. Vom Streik braucht hier nicht gesprochen werden. Er gilt als Hochverrat und wird mit höchsten Zuchthausstrafen geahndet. Aber auch die Verweigerung von Normerhöhungen, Einsatz an einem berufsständischen Arbeitsplatz sowie das eigenmächtige Verlassen einer Arbeitsstelle sollen künftig unter das Strafgesetz fallen.

Grundlage dieser Paragraphen ist ein bis heute in der Sowjetunion noch nicht kassierter Noterlaß vom 26. Juni 1940, wonach Arbeiter und Angestellte staatlicher Betriebe bei eigenmächtiger Aufgabe des Arbeitsplatzes mit Gefängnis von zwei bis vier Monaten bestraft werden. Arbeitsversäumnis „ohne anerkannten Grund“, also z. B. im Falle einer vom Betriebsarzt nicht als Arbeitsunfähigkeit akzeptierten Krankheit, wird mit „Erziehungsarbeit am Arbeitsplatz bis zu sechs Monaten“ geahndet, wobei bis zu 25 Prozent des

Lohnes als „Erziehungsbeitrag“ einzubehalten sind.

Ein weiterer Paragraph, den der FDGB in das ostzonale Arbeitsgesetz einschmuggeln will, ist der über „böswillige Versäumnisse“. Nach ihm kann dreimaliges Zuspätkommen innerhalb eines Monats willkürlich als „böswillig“ angesehen und ebenfalls mit „Erziehungsarbeit“ bestraft werden.

Wer sich als vom Staat ausgebildeter Spezialist oder Hochschüler mit Staatsstipendium weigert, anschließend einen vom Staat zugewiesenen Arbeitsplatz anzutreten, fällt gleichfalls unter den Strafrechtsparagraphen. Jeder, der heute in der Sowjetzone ein Stipendium erhält, soll dafür sein ganzes Berufsleben lang zurückzahlen. Die SED hat die Zeiten nicht vergessen, wo sie Spezialisten und Technologen für das Urangebiet von Aue suchen mußte und keiner zu bewegen war, dort eine Arbeitsstelle anzunehmen.

Jetzt schickt sie „Arbeiter- und Bauernstudenten“ auf die Fakultäten, zahlt ihnen einige Jahre lang ein Stipendium — und hofft, solcher Sorgen künftig enthoben zu sein. Das Stipendium wird arbeitsgesetzlich als langfristiger Schuldschein festgelegt.

Ablenkungsmanöver

Die SED ahnt heute bereits, welche erbitterten Diskussionen das neue Arbeitsgesetz nach seiner Veröffentlichung entfachen wird. Deshalb zeigt die Ostpresse nach der Methode „Halte den Dieb!“ so übereifrig nach Westen, obwohl jedermann weiß, daß es bereits heute, vor Inkrafttreten der neuen sowjetzonalen Gesetze, in keinem europäischen Staat solch gesetzlich legitimierte Ausbeutung wie in der Sowjetzone gibt.

Nebeneinander und miteinander

WG. In diesen Tagen wichtiger internationaler Begegnungen war wieder viel die Rede von der Möglichkeit der „Koexistenz“, des friedlichen Nebeneinanders zwischen Ost und West. Churchill, der prominenteste der Staatsmänner, die zu einem solchen Versuch raten, formulierte soeben in Ottawa die Alternative: „Entweder leben wir mit unseren Gegnern zusammen oder wir versuchen, ihr System zu ändern, und sprengen dabei die Welt in die Luft.“ Von der Möglichkeit eines Krieges sprechend meinte er, daß die westliche Welt aus ihm zwar siegreich hervorgehen, aber ihren Sieg auf einem gigantischen Trümmerfeld erleben werde. Das sind bei Churchill die Überlegungen, die ihn dazu führen, vor das Experiment der alleräußersten Spannung den Versuch zum friedlichen Nebeneinander zu stellen. Die Politik der Stärke als Grundlage dieses Versuches ist auch für ihn eine Selbstverständlichkeit.

„Friedliches Nebeneinander“

Die Formel vom friedlichen Nebeneinander zwischen der kommunistischen und der nicht-kommunistischen Welt ist östlichen Ursprungs und kommt also von denen, die durch ihr Verhalten diese „Koexistenz“ bisher unmöglich gemacht haben. Es ist also offenbar etwas anderes, ob diese Formel von einem Manne wie Churchill oder etwa von Tschu en-Lai gebraucht wird, der sie bei seinem Staatsbesuch in Neu-Delhi sehr beredt vertrat. Als wichtigste Voraussetzung ihres Gelingens nannte er die innere und äußere Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten. Im Hintergrund dieser Forderung stand natürlich das Schlagwort „Asien den Asiaten“, in dem sich ein national-kontinentales Ressentiment mit dem kommunistischen Expansionsdrang raffiniert verbindet.

Aber Tschu en-Lai hat dennoch völlig recht. Nur deckte er, indem er diese Worte sprach, zugleich die ganze Fragwürdigkeit der kommunistischen For-

mel auf: ihren Mangel an Aufrichtigkeit und folglich auch an Vertrauenswürdigkeit.

Der Kommunismus nämlich ist schon durch seine Existenz selbst eine ständige Einmischung, weil er in allen Ländern Parteien unterhält, die ihre Ideen, ihre Methoden, ihre Mittel und ihre Befehle aus einer Zentrale in Moskau beziehen, die praktisch mit der dortigen Regierung identisch ist. Auf diese Weise hat die sowjetische Regierung Provinzen eigener Macht in allen fremden Ländern, in denen es starke kommunistische Parteien gibt.

Die Problematik des friedlichen Nebeneinanders liegt also heute viel mehr in dieser inneren Einmischung als in der Gefahr äußeren Angriffs, den Moskau sich sehr überlegen wird. Die Nutzenwendung hieraus ergibt sich von selbst: das Nebeneinander zwischen Ost und West wird um so leichter sein, je mehr die westlichen Völker mit dem Kommunismus im eigenen Lande fertig geworden sind. Dann nämlich verliert die sowjetische Macht das wirksamste Mittel der Einmischung in das innere Leben anderer Völker, die oft genug die Vorstufe zum fergelenkten Bürgerkrieg und — zu seiner Unterstützung — auch der äußeren Aggression gewesen ist.

Und westliches Miteinander?

Eine nicht weniger wichtige Voraussetzung des friedlichen Nebeneinanders zwischen Ost und West ist das entschlossene Miteinander der westlichen Völker.

Hier erleben wir gegenwärtig eine Krise, von der man nur hoffen darf, daß sie einen befreienden Ausgang findet. Ihren Mittelpunkt bildet Frankreich, das in der unglücklichen Lage ist, von dem östlichen Gegner politisch und militärisch auf das äußerste bedrängt und von den westlichen Freunden mit längst fälligen Forderungen in Anspruch genommen zu werden. Beides ist die bedauerliche Folge einer mehr als zwei Jahre andauern den französischen Unentschlossenheit.

Die Freunde Frankreichs, die USA, Großbritannien und auch die Benelux-Länder, haben nun zu den in Paris überfälligen Entscheidungen endgültig und klar Stellung bezogen: sie er-

warten, daß Frankreich die im Mai 1952 unterzeichneten Verträge ratifiziert und dadurch den Weg zum Aufbau der gemeinsamen europäischen Verteidigung und zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität freigibt. Bundeskanzler Adenauer hat die gleichen Erwartungen soeben in einem Rundfunk-Interview zum Ausdruck gebracht, und zwar mit einer Deutlichkeit, die von seinem bisher geduldeten Abwarten gegenüber Frankreich merklich abweicht. Unruhe und Besorgnis finden in allen westlichen Hauptstädten heute mit den gleichen Erwartungen die gleiche Sprache gegenüber dem französischen Partner. Schärfere Reaktionen werden bereits hörbar, vor allem in den USA.

So stehen also wichtige Entscheidungen zwischen Frankreich und seinen Partnern auf des Messers Schneide.

Der kritische Punkt

Sicher aber ist es richtig und notwendig, der in arge Bedrängnis geratenen französischen Politik die von Mendès-France geforderte kurze Frist zu gewähren, damit sie den Knoten zu entwirren vermag, den sie selbst geknüpft hat.

Man sollte auch nicht übersehen, daß die EVG nicht ein absoluter Wert ist, außerhalb dessen es keine Lösung gibt. Sie ist nur ein formaler Ausdruck der wichtigeren Sache: der gemeinsamen Stärke. In welcher Form diese Sache verwirklicht wird, das ist also eine Frage zweiten Ranges.

Deshalb liegt das wirklich dramatische Element nicht in der Frage, ob Frankreich die EVG endlich annimmt oder ablehnt, sondern mehr darin, wie die französische Politik sich verhalten wird, wenn das Parlament die EVG tatsächlich ablehnt haben sollte. Hier ist der für die gemeinsame Politik des Westens wirklich kritische Punkt. Dann wird nämlich die Wiederherstellung der deutschen Souveränität, über die sich alle Partner Frankreichs einig sind, unmittelbar akut werden, und dann müssen ferner sehr rasche Entscheidungen auch darüber fallen, in welcher anderen Form die gemeinsame Verteidigungsstärke unter Teilnahme Deutschlands verwirklicht werden soll,

Große Tage in Berlin

Das Programm der Bundespräsidenten-Wahl

Berlin (Eigenbericht). Zum erstenmal seit 1945 wird in Berlin am 17. Juli wieder ein deutsches Parlament tagen und ein Staatsakt stattfinden, wenn Professor Heuss, für dessen Wahl sich alle großen Parteien ausgesprochen haben, in der Festhalle am Funkturm von den 1018 Mitgliedern der Bundesversammlung zum deutschen Bundespräsidenten wiedergewählt wird. Es soll ein Ereignis von gesamtdeutscher Bedeutung werden.

Bundestagspräsident Ehlers gab in Berlin das Programm der Präsidentenwahl bekannt: Vom 16. bis 20. Juli wird der Bundespräsident in Berlin weilen, Bundeskanzler Dr. Adenauer kommt vom 17. bis 20. Juli.

Die Bundesversammlung wird am 17. Juli um 15 Uhr in der Festhalle am Funkturm zusammentreten. Außer den 1018 Mitgliedern der Bundesversammlung nehmen an dem feierlichen Akt 1676 Ehrengäste und 200 Journalisten aus aller Welt teil. Nach der Wahl wird Bundespräsident Professor Heuss eine Ansprache halten. Am 18. Juli wird der Bundespräsident eine neue Wohnsiedlung am Wedding einweihen und am Nachmittag um 16 Uhr im Olympia-Stadion der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, die den Weltmeistertitel errang, als höchste deutsche Sportauszeichnung das Silberne Lorbeerblatt überreichen. Am 19. Juli findet eine Gedenkfeier für die Opfer des 20. Juli statt, auf der der Bundespräsident spricht. Professor Heuss wird während seines Berliner Aufenthaltes auch das Grab Ernst Reuters aufsuchen und dort einen Kranz niederlegen.

Im Fernsehfunk

Berlin (DPA). Die Wahl des Bundespräsidenten wird in einer Gemeinschaftssendung des NWDR und des Senders Freies Berlin auch für alle Fernsehsender der Bundesrepublik direkt übertragen. Am Abend des 17. Juli wird im deutschen Fernsehen außerdem ein Filmsonderbericht des Senders Freies

Ausdruck der Verbundenheit

Berlin (DPA). Die Mitgliederversammlung des Zentralverbandes des deutschen Baugewerbes, die in Goslar tagte, hat in einer Entschließung ihrer Verbundenheit mit dem Baugewerbe der Sowjetzone Ausdruck gegeben.

Berlin gegeben über „Berlin im Zeichen der Bundespräsidentenwahl“. Auch die Rundfunksender werden Ausschnitte von der Wahlhandlung übertragen.

Keine Antwort

Düsseldorf (DPA). Der KPD-Vorsitzende Hans Reimann hat den Vorstand der SPD schriftlich aufgefordert, für die Bundespräsidentenwahl einen sozialdemokratischen Kandidaten zu benennen. Eine Wiederwahl von Theodor Heuss lehne die KPD ab. Ein SPD-Sprecher erklärte, der Brief werde überhaupt nicht beantwortet werden.

Von der Heimat unlöslich

Treffen der Vertriebenen — Nicht mit Unrecht abfinden!

Hannover (DPA). Auf dem ersten Landestreffen der ostpreussischen Landsmannschaft in Hannover sprachen sich Bundesminister Jakob Kaiser und der BHE - Bundestagsabgeordnete Dr. Linus Kather für eine Wiedervereinigung Deutschlands auch mit den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie aus. Kaiser betonte, das deutsche Volk werde nicht müde werden, der Welt zuzurufen, daß Frieden und Recht erst dann wieder in Europa einkehren, wenn die Teilung Deutschlands der Vergangenheit angehört. Acht Millionen Heimatvertriebene und achtzehn Millionen Deutsche in der Sowjetzone könnten sich nicht mit dem Unrecht abfinden, unter dem sie heute leben müßten.

Ratzburg (AP). Mehr als zehntausend Mecklenburger aus allen Teilen der Bundesrepublik und der Sowjetzone bekannten sich auf einer großen Kundgebung vor dem 800jährigen Ratzburger Dom erneut zur „unlöslichen Zusammengehörigkeit“ mit ihrer Heimat.

Auf ihrem vierten Bundestreffen verlas der Vorsitzende der Mecklenburger, Freiherr von Langermann (Kühren), eine Ent-

Nicht in Bonn

Bonn (Eigenmeldung). Der Bundesrat hat einstimmig beschlossen, sich in Bonn kein eigenes Gebäude zu errichten. Der niedersächsische Ministerpräsident Kopf erklärte: „Ich glaube nicht, daß der Bundesrat, der so oft die Wiedervereinigung Deutschlands gefordert hat, in Bonn etwas verankern sollte, was wir lieber in Berlin sehen.“ Der Berliner Senator Dr. Haas stimmte „aus vollem Berliner Herzen“ zu und erklärte: „Wenn der Bundesrat schon ein eigenes Gebäude erhalten soll, dann in Berlin.“

Der Regierende spricht

Berlin (Eigenmeldung). Der Sender Freies Berlin hat eine neue Sendereihe eröffnet, in der Berlins Regierender Bürgermeister Dr. Schreiber an jedem ersten Sonntag im Monat unter dem Motto „Der Regierende spricht“ zu Tagesfragen Stellung nehmen wird.

schließung, in der an die freie Welt appelliert wird, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Herzliche Übereinstimmung

Bonn (Eigenmeldung/DPA). In mehrstündigen Besprechungen über die gegenwärtige Weltlage erzielten Bundeskanzler Adenauer und der griechische Ministerpräsident Papagos in Bonn volle Übereinstimmung ihrer Ziele. In der Unterredung, an der auch Griechenlands Außenminister Stephanopolus und Staatssekretär Hallstein teilnahmen, wurde die Frage erörtert, wie die beiden Staaten den Gefahren für die freie Welt wirkungsvoll begegnen könnten. Insbesondere wurden das Problem der EVG und der Balkanpakt besprochen.

„Volksschlafwagen“

Hamburg (AP). Der „Volksschlafwagen“, der Abschied von der „Holzklasse“ und ein einheitlicher Tarif für den Personen-, Gepäck- und Stückverkehr sollen binnen zwei Jahren in ganz Europa auf Beschluß des zur Zeit in Hamburg tagenden Internationalen Eisenbahnverbandes verwirklicht werden.

Um die deutsche Souveränität

Britisch-amerikanische Konferenz in London

London (AP/DPA). Zwischen Vertretern der Außenministerien Großbritanniens und der USA haben in London Besprechungen über die Möglichkeiten zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität ohne Rücksicht auf die Ratifizierung des EVG-Vertrages durch Frankreich begonnen. Zum erstenmal seit Kriegsende nehmen an diesen Deutschlandbesprechungen keine Vertreter Frankreichs teil, doch soll die französische Regierung unterrichtet werden.

Die Konferenz, die in Washington zwischen Churchill und Eisenhower vereinbart wurde, soll bis Ende der Woche abgeschlossen sein. Hauptpunkt ist die Frage, wie die Koppelung des Deutschland-Vertrages, der die Verleihung der Souveränität vorsieht, mit dem EVG-Vertrag aufgehoben werden kann. Für den Fall, daß Frankreich den EVG-Vertrag ablehnt, ist an ein einseitiges Vorgehen Großbritanniens und der USA gedacht.

Vopo war dagegen

Berlin (Eigenmeldung). Zu einem Zwischenfall kam es, wie erst jetzt bekannt wird, in einer Einheit der kasernierten Volkspolizei bei Chemnitz. Ein großer

Teil der Offiziere und Mannschaften weigerte sich, einem Befehl zu folgen, nach dem sie in Polen an einem „Lehrgang zur Partisanenbekämpfung“ teilnehmen sollten.

Sowjets ausgewiesen

Washington (AP). Das US-Außenministerium gab bekannt, daß seit Februar drei sowjetische Diplomaten wegen Spionageverdacht aus den USA ausgewiesen worden sind.

Guatemalas neue Regierung

Guatemala-City (AP/DPA). In Guatemala herrscht wieder Frieden. Kurz bevor der vorläufige Waffenstillstand abzulaufen drohte, unterzeichneten der Rebellenführer, Oberst Armas, und der Chef der Militärjunta, Oberst Monzon, nach einer zehnstündigen dramatischen Nachtsitzung den Waffenstillstand. Mit sofortiger Wirkung hat eine fünfköpfige Militärjunta, der Vertreter beider Seiten angehören, die Führung des Landes übernommen.

Seit dem Sturz der Regierung Guzman Arbenz sind in Guate-

Widerstand in Rotchina

Hongkong (AP). Das Bestehen großer, gut organisierter Widerstandsbewegungen hat der kommunistische chinesische Rundfunk zugegeben. Er meldete, daß 20 chinesische Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt und erschossen wurden. 40 weitere erhielten gleichfalls die Todesstrafe, doch wurde die Hinrichtung zunächst ausgesetzt. Bei den Verurteilten handelt es sich nach der Rundfunkmeldung um Angehörige von drei Widerstandsgruppen in der Provinz Hupei, in Peking und Tientsin.

mala 2000 Kommunisten verhaftet worden. Dies wurde auf der ersten Pressekonferenz der neuen Militärjunta bekanntgegeben. Die Razzia nach Kommunisten wurde fortgesetzt. Zur Sowjetunion und den anderen Ländern des kommunistischen Blocks werde die neue Regierung keine Beziehungen aufnehmen.

Sofortmaßnahmen für Asienpakt

Washington (AP). Die USA, Australien und Neuseeland haben am Mittwoch „Sofortmaßnahmen“ zur Bildung eines kollektiven Verteidigungssystems gegen den Kommunismus in Südostasien gefordert. Die drei Staaten sind Mitglieder der Pazifischen Verteidigungsorganisation (ANZUS).

Super-Bunker unter Stockholm

Stockholm (Eigenbericht). Mit recht unterschiedlicher Begeisterung sind Europa und die USA dabei, ihr ziviles Luftschutzsystem auszubauen und den Eventualitäten eines Atom- oder Wasserstoffbombenabwurfes anzupassen. Schweden kann sich rühmen, eine relativ vorbildliche Organisation zu besitzen. Es begann schon 1945 mit der Umstellung, nachdem die erste Atombombe gefallen war. Dieses 7-Millionen-Volk will in den nächsten 26 Jahren rund 1,8 Milliarden DM für die zivile Verteidigung, hauptsächlich für den Luftschutz ausgeben.

Der imposanteste Ausdruck dieser Bemühungen sind riesige Bunker, die in dem granitenen Untergrund Stockholms und anderer schwedischer Städte schon entstanden sind. Von 150 geplanten Anlagen sind 50 im Bau. Elf wurden bereits fertiggestellt. Der größte Bunker liegt unter

der Katarina-Kirche. Er bildet eine Welt für sich, in der 20 000 Menschen bis zu 24 Stunden völlig unabhängig von der Außenwelt leben können. Eigene Wasser-, Licht- und Sauerstoffanlagen versorgen die betonierten Räume, die in drei Etagen angelegt worden sind. Angeblich bieten diese Unterkünfte auch gegen H-Bomben Schutz. Jetzt ist die Vermietung der Räume als Garagen eine willkommene Einnahmequelle.

Europäisches Arbeitsamt

Luxemburg (DPA). Der Sozialpolitische Ausschuß des Montanparlamentes schlug vor, für die Kohle- und Stahlfacharbeiter der sechs Länder der Montanunion ein zentrales Arbeitsamt in Luxemburg zu errichten. Es soll für die Stellenvermittlung und den Beschäftigungsausgleich im Gebiet aller sechs Länder zuständig sein.

CSR-Minister verurteilt

Wien (AP). Der ehemalige stellvertretende tschechoslowakische Ministerpräsident, Dr. Sevcik, ist vom Obersten tschechoslowakischen Gerichtshof wegen Hochverrats, Sabotage, Spionage und Diebstahls von Staats Eigentum zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Dr. Sevcik war am 30. Mai 1953 seiner Posten entbunden und gleichzeitig aus der slowakischen Wiedergeburtspartei, deren Vorsitzender er war, ausgeschlossen worden. Sevcik war der letzte Nichtkommunist unter den vier stellvertretenden Ministerpräsidenten. Sevcik wurde vorgeworfen, enge Verbindung zu dem „Verräter“ Benesch unterhalten zu haben.

Die „große Initiative“ mit Unterbilanz

Wirtschaftsorgen der SED — Versprechen bleiben unerfüllt

Das Jahr 1954 sollte nach den Ankündigungen der SED das „Jahr der großen Initiative“ sein. Nachdem seine Planerfüllung im 1. Quartal weit unter den Erwartungen blieb, tröstete man sich in den sowjetzonalen Ministerien: „Im Mai/Juni wird aufgeholt!“ Jetzt ist das 2. Quartal abgeschlossen, und die „volkseigene“ Wirtschaft steht schlechter da als zuvor. In den Betrieben werden Feierschichten eingelegt, weil es kein Material gibt, Facharbeiter werden zur Trümmerbeseitigung eingesetzt, und die Ostblockländer verhängen Konventionalstrafen wegen versäumter Lieferfristen.

Nur die kommunistische Presse faselt noch immer von der „maximalen Befriedigung“ aller zivilen Bedürfnisse in unbestimmter Zeit. „Was du heute webst, wirst du morgen anziehen!“ dozieren die Plantreiber und wissen dabei noch nicht einmal, wovon man die gestern verwebte Wolle bezahlen soll.

Ein deutliches Beispiel für die mißglückte Planung gibt Ostberlin. Am 17. Dezember 1953 beschloß die SED die Aufnahme außerplanmäßiger Sonderproduktion in den volkseigenen Betrieben der Sowjetzone. Durch Mehrarbeit und Abfallverwertung sollten die notwendigsten Bedarfsartikel entstehen, die das System dem Verbraucher bis dahin nicht liefern konnte. Für Ostberlin wurde diese Verordnung am 4. März übernommen. Seither hat die Ostberliner volkseigene Wirtschaft Millionenkredite für solche zusätzliche Fertigung aufgenommen, ohne auch nur über die Planung hinausgekommen zu sein.

Man hat Delegationen der Abteilung örtliche Industrie und Handwerk des Ostmagistrats durch Westberliner Kaufhäuser geschickt: „Seht Euch an, was es dort gibt und was man für die Sonderproduktion übernehmen kann!“ Die Delegationen kamen zurück und stellten lange Materialanforderungslisten auf. Material war aber nicht vorhanden und so blieb die örtliche Initiative auf die Massenproduktion von Buna-Schwimmern und Zellwoll-Kaffeemützen beschränkt.

„Wer soll bezahlen?“

Auf einer Rechenschaftslegung dieser verantwortlichen Abteilung des Ostmagistrats kamen interessante Zahlen ans Tageslicht. 150 Millionen Mark trägt der vorgesehene Anteil

Ostberlins an der von der SED geforderten Mehrproduktion im Wert von einer Milliarde. Auf 128 Millionen Mark hat sich die Ostberliner Industrie bisher — und auch das nur auf dem Papier — festgelegt. Über 200 Millionen Mark aber wurden gleichzeitig für die Aufnahme der geplanten Zusatzproduktionen investiert. Man stelle sich also vor:

In Ostberlin wie in der Zone fehlen die primitivsten Bedarfsartikel. Man schickt Beobachter nach Westberlin, um zu erkunden, was es dort zu kaufen gibt und was die Bevölkerung am nötigsten braucht. Dann wird beschlossen, für 150 Millionen Ostmark solche Dinge herzustellen. Um diese Produktion aber überhaupt erst aufnehmen zu können, werden mehr als 200 Millionen investiert, und nach vier Monaten muß man feststellen, daß man zwar das Geld ausgegeben, aber keine Gebrauchsgüter hergestellt hat!

Ein „kapitalistisches“ Unternehmen hätte unter diesen Bedingungen pleite gemacht. In Ostberlin zahlt der Verbraucher das Defizit, weil die Kaufkraft seines Geldes ja auf die Dinge beschränkt bleibt, die ihm die staatliche Planung auf den HO-Verkaufstisch legt. Müßig war also die Frage des Ostberliner Stadtvorsitzenden Ebert auf jener Rechenschaftslegung: „Wer soll die Millionen, die hier sinnlos verbuttert wurden, hinterher bezahlen?“

Warum wird nicht importiert?

Einer der Anwesenden stellte die naive Frage: „Ja, warum haben wir dann nicht einfach diese Dinge für das nun sinnlos verbutterte Geld eingeführt?“

Sicher ist, daß die SED für

den Import von Bedarfsartikeln aus dem Westen nur ungenügende Beträge zur Verfügung gestellt hat.

Seit Monaten wettet die kommunistische Presse auftragsgemäß gegen angebliche Behinderung des Interzonenhandels durch die Bundesrepublik. Tatsächlich sucht die SED hier vor der eigenen Bevölkerung nur vom mangelnden Import abzulenken. Was die SED importieren will, sind in erster Linie nicht Bedarfsartikel, sondern Rohstoffe, die sie noch dazu nicht einmal für sich verwenden dürfte, sondern mit denen sie ihre Lieferschulden an die Ostblockstaaten bezahlen muß.

So wird geplant und nichts produziert. Von insgesamt 1254 Artikeln, die auf der Liste der Ostberliner Massenbedarfsfertigung stehen, befinden sich 83 in der Produktion — meist sind es solche wie die bereits genannten Gummireiter und Kaffeewärmer —, rund 300 werden versuchsweise im 3. Quartal hergestellt und der Rest steht bisher, wie der gesamte versprochene „Wohlstand“, nur auf dem Papier. Rund 500 in die Liste aufgenommene Artikel wurden stillschweigend abgesetzt, weil man entweder keine Rohstoffe dafür hat, es sich um Fehlkonstruktionen handelt oder das Ding am Ende so teuer wird, daß es niemand kaufen kann.

„Wenn nicht etwas ganz Außergewöhnliches geschieht“, erklärte Ebert den Vertretern Ostberliner Betriebe Ende Juni, „kommen wir um das Eingeständnis nicht herum, den Mund zu voll genommen zu haben!“ Tatsache bleibt, daß eine Bevölkerung, die genauso gut und feißig schafft wie die in Westberlin und der Bundesrepublik, dank der kommunistischen Planung und Wirtschaftsmanöver auch in das 2. Halbjahr 1954 ohne Hoffnung auf eine Besserung der Versorgungslage geht; daß man das Kartensystem als Dauerlösung beibehalten muß und die „maximale Befriedigung“ weiterhin nur in den Schlagzeilen der SED-Presse zu finden ist.

Rotes Ferienlotto 1954

Urlaub ohne Entspannung — Um die Ferien betrogen

Auf Straßen und Schienenwegen der Bundesrepublik herrscht Hochbetrieb: Per Autobus, Auto, Motorrad oder in den bequemen neuen Zügen der Bundesbahn fahren die Menschen in die Ferien. Noch größer als in den vergangenen Jahren ist die Reiselust, denn billige Gesellschaftsreisen erschließen auch dem Mann mit schmalem Geldbeutel immer mehr Reisemöglichkeiten. Selbst eine Fahrt ins Ausland ist kein Luxus mehr. Dazu kommt die neue Camping-Bewegung, das Reisen mit dem eigenen Zelt, das motorisierte Herumzigeunern quer durch das Land. Weil für den Reisenden die Welt wirklich weit geworden ist, weil er reisen kann, wohin er mag, wird der Urlaub zu einer echten Entspannung.

Das kommunistische System dagegen versagt dem Arbeiter der Sowjetzone diese Erholung. Es organisiert selbst noch den Urlaub. Reisen, wohin man will? Das gibt es kaum noch. Der Arbeiter soll reisen, wohin der FDGB will. Gerade in der Ferienzeit enthüllt sich das unsoziale System der Sowjetzone mehr denn je.

Es gibt keine freien Gasthäuser, Erholungsheime und Hotels mehr. Es gibt nur den „FDGB-Ferienstempel“. Und wer nicht im FDGB ist, erhält überhaupt keinen „Reisescheck“. Mag er sehen, wo er bleibt. Aber selbst der, der einen Reisescheck erwirkt, erlebt in seinen Ferien eine Enttäuschung. Die Zustände in dem

organisierten Ferienbetrieb der Sowjetzone sind so unhaltbar, daß selbst die SED-Presse sie nicht ganz verschweigen kann. Und in der sowjetzonalen Zeitschrift „Weltbühne“ findet man sogar eine unwahrscheinlich ehrliche Selbstkritik, für die dieses Blatt offenbar Narrenfreiheit bekommen hatte. Man liest dort:

„Als ob wir nicht alle das alljährliche FDGB - Ferienlotto kennen würden, an dem man gespannt und interessiert teilnimmt; und bei dem man noch nicht einmal ahnt, ob man mit einem Gewinn herauskommt, ob man einen Ferienschek kriegt und schon gar nicht ahnt, für welche Zeit und für welchen Ort er gültig sein wird. Du

grüßst verbundenen Auges in die Urne, und — an den neuen Badeanzug daheim im Spind denkend — öffnest du das Los: „Bad Schandau in der Sächsischen Schweiz.“ Ein Grund zu Kummer? Bewahre: Denke doch nur an jene vielen, welche die Nieten ziehen. Vielleicht werden sie im nächsten Jahr einen Scheck erwischen. Wenn auch nicht gleich für die ganze dreiköpfige Familie, so doch wenigstens für einen; da bleibt Mutter eben zu Hause. Und wenn's auch nicht gerade ein Scheck für den Thüringer Wald ist, auf dessen emsige Durchwanderung sich Vater den ganzen Winter über gefreut hat, so ist es doch einer für das liebliche Seebad Heringsdorf. Und wenn Vater auch wegen seines Leidens weder baden noch in der Sonne liegen darf, so wird er dennoch gern fahren, um zwei Wochen im Zimmer zu sitzen und Patiencen zu legen. Da kommen sie angelaufen diese Menschen, und wünschen sich zu wünschen, wo und wann sie ihren Urlaub verleben wollen. Was soll das? Wo gibts denn sowas? Ist der Ferienstempel der Gewerkschaften etwa der Weihnachtsmann? Es mögen Weihnachtsmänner dort sitzen, aber doch jedenfalls nicht solche, bei denen man großenwahnsinnige Wunschzettel abliefern kann: „Ich möchte nächstes Jahr nach Eisenach fahren!“ Überraschungen erfrischen die Nerven. Auf zum Ferienlotto 1954!“

So sieht das also aus. Und wenn man dann den Ferienschek in der Hand hat, so ist darauf zu lesen: „Mitzubringen sind FDGB-Mitgliedsbuch, Gemeinschaftsverpflegungsschein, Sozialversicherungsausweis, Bettwäsche, Handtuch, EBbesteck.“ Man denke: Bettwäsche, Handtuch und EBbesteck im Jahre des neuen Kurses 1954!

Zur Schulung

Berlin (Eigenmeldung). In den letzten Tagen sind erneut 14 jüngere Offiziere der „Volkspolizei“ Luft zu einem dreimonatigen Sonderlehrgang nach der UdSSR abgereist. Sie sollen politisch, militärisch und „flugtechnisch“ ausgebildet werden. Nach ihrer Rückkehr sind sie als Instruktoren und Pilotoffiziere bei den Flieger-Regimenten der VP vorgesehen.

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Gallilaer, Alfred, etwa 54 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Gera, Mitglied d. KPD/SED, SED-Funktionär, Mitglied verschied. Massenorganisationen, von Beruf Schlächter, nach 45 Leiter d. Schlachtviehzuteilungsstelle Gera, später bei d. VVB Gera, danach bei d. Kripo und zuletzt bei d. Raiffeisen-Genossenschaft bzw. BHG tätig gewesen.

2. Idler, Ernst, etwa 48 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Garlitz, Kr. Westprignitz, Mitglied d. SED und verschied. Massenorganisationen, SED-Funktionär d. Gemeinderates u.

stellv. Bürgermeister gewesen.

3. Koch, etwa 35 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Potsdam, Mitglied d. SED, Angestellter beim Rat d. Stadt u. BGL-Vorsitzender.

4. Kröhnke, etwa 54 Jahre alt, ledig, zuletzt wohnhaft in Groß-Schwaß, Kr. Rostock, vorher an anderem Ort im Kreis, Mitglied der SED.

5. Pethau, Herbert, etwa 27 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Seiffenhennersdorf, Kr. Zittau, tätig gewesen im väterlichen Geschäft (Kohlenhandlung und Landwirtschaft),



Paulus an die „Front“

Menschen als Schallplatte

Hunderte von Frauen, Telefonistinnen in Ostberlin und der Zone, sind in der vergangenen Woche zu Sprechmaschinen erniedrigt worden, als es um die Propaganda für die sogenannte Volksabstimmung ging: Wenn eine Vermittlung, das Fernamt, die Störstelle angerufen wurde, hatte die Telefonistin einen Text herunterzusagen nach dem Muster: „Wir alle entscheiden uns für Frieden und Abzug der Besatzungstruppen. Gib auch du deine Stimme für den Frieden!“

Schön für den, der diese Parolen flüchtig hört, sind sie lästig. Für die Frauen, die sie täglich ein paar hunderte Mal ins Telefon sprechen mußten, wurden sie zur Qual. Einige von ihnen haben inzwischen in Westberlin über ihre Eriebnisse berichtet. Ein wenig Aufheiterung brachten nur die teilweise sehr deutlichen Antworten der Anrufenden. Da waren die völlig Überraschten: „Sagen Sie mal,

ist das eine Schallplatte, oder sind Sie es, Fräulein?“

Wer aus Telefonzellen anrief und sich deshalb von Nachprüfungen sicher fühlte, wurde meist deutlicher. Da hörte eine Telefonistin: „Und wenn Sie mir den Kommunismus in der Kaffeetasche servieren — ich bin trotzdem dagegen!“ Einer anderen wurde zugerufen: „Darauf können Sie sich verlassen, daß ich richtig wähle, aber nicht die SED!“

1400 „feierten“ im Westen

In der Sowjetzone wurde der 1. Juli als „Tag der Volkspolizei“ gefeiert. Innenminister Stoph erklärte in einem Tagesbefehl, die Volkspolizei als bewaffnete Kraft der DDR sei „durch unzerreißbare Bande mit unserem großen Vorbild, Freund

und Helfer, der sozialistischen Sowjetunion verbunden“.

*

In der ersten Hälfte des Jahres 1954 sind 1462 Volkspolizisten, darunter 109 Kommissare nach Westberlin geflüchtet. Allein im Juni waren es 264.

Selbmann will sich nicht erinnern

Lügen haben kurze Beine... Auf einem Prozeß in Ostberlin konnte man das erst jetzt wieder feststellen. Dort strafte nämlich der Pankower Minister Fritz Selbmann selbst seine Partei Lügen, die nach dem Juni-Aufstand von 1953 behauptet hatte, nur ein paar Westberliner „Provokateure“ hätten den Aufstand hervorgerufen.

Vor Gericht stand der 36jährige Alfred Henne, der am 16. Juni 1953 die Forderungen der Stalinallee-Bauarbeiter gegen die Normenerhöhungen vor dem Sitz der Sowjetzonenregierung proklamiert hatte. Wegen „friedengefährdender faschistischer Propaganda“ wurde dieser mutige Arbeiter nun zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Was aber sagte Selbmann, der ja am 16. Juni alle Vorgänge genau miterlebt hatte, der Henne also gesehen haben mußte? Er sagte gar nichts. Das Gericht lehnte seine Vernehmung als Zeuge, die die Verteidigung beantragt hatte, ab und erklärte an Selbmans Stelle, der Herr Minister könne sich bei der „Lebensgefahrt“, der er damals am 16. Juni ausgesetzt war, nicht mehr an Einzelpersonen erinnern... So viele Menschen standen rings um ihn!

Im übrigen aber konnte man beim besten Willen nicht behaupten, daß Henne ein „westlicher Provokateur“ war. Das Gericht mußte ihm sogar zugute halten, daß er zweimal als Aktivist und seine Brigade als „Brigade der ausgezeichneten Qualität“ ausgezeichnet worden war.

Henne, der eine Transportarbeiterbrigade auf der Baustelle G — Süd an der Stalinallee leitete, war als Teilnehmer der Bauarbeiter-Demonstration am 16. Juni bis vor das Haus der Ministerien gelangt. Dort versuchte Selbmann, die empörten Arbeiter zu beruhigen. Die Bauarbeiter zogen den auf einem Tisch stehenden Minister jedoch herunter, und einer der Demonstranten trug die Forderungen der Arbeiter vor. Da er mit seiner Stimme nicht durchdrang, löste ihn Henne ab.

Vortrupps im SED-Traumland

Von den Nöten der sowjetzonalen Schriftsteller

Sowjetzonale Schriftsteller haben es nicht leicht. Darüber kann die Förderung durch Staat und Partei nicht hinwegtäuschen. Da alle Volks- und Gemeindebüchereien verpflichtet sind, ihre „fortschrittlichen“ Erzeugnisse unbesehen einzustellen, haben die Schriftsteller freilich garantierte Mindestauflagen und entsprechende Einkommen. Außerdem brauchen sie das Handwerkliche nicht so gut zu beherrschen, wie ihre Kollegen in der freiheitlichen Welt.

Aber: Über die Inhalte stolpern die Schriftsteller. Sie hier vergeifen, läßt auf keine Gnade hoffen. Es gibt Parteiresolutionen, in denen steht, was der geforderte sozialistische Realismus eigentlich sein soll, politische Größen haben es zu erklären versucht, verstanden haben es die wenigsten. Zunächst übersetzten sie die Zeitungsartikel über Aktivisten und Neuerer, Neubauern und fortschrittliche Intelligenz in Literatur. Sie schilderten Zustände, die es gar nicht gab, wie sie aber in der Zonenpresse vorgezeichnet waren. Es fehlte jedoch den Schriftstellern die Phantasie, sie konnten nicht frei nach Lenin träumen.

Sie begriffen nur langsam, daß der Literatur im Sowjetsystem eine Funktion zukommt, nämlich die, eine neue Gesellschaft nach festem Plan zu formen. Die Schriftsteller sollten eine aktive Rolle dabei spielen. Sie sollten den umzuformenden Menschen im Bewußtsein einen Schritt voraus sein, für ihre Person bereits in dem roten Traumland leben, wo Milch und Honig fließt, wenn auch der HO die Butter einmal ausgegangen war. Nach mehrfachen Ermahnungen entstand wenigstens in einigen Machwerken die erwünschte Literatur, Kuba-Kantaten, Loests Berlin-Roman und anderes.

Ehe man aber den nächsten Schritt gehen konnte, fiutete nach der zweiten Parteikonferenz

der SED eine „Welle des Patriotismus“, wie ihn Walter Ulbricht verstand, durch die Zone. Die Volksarmee brauchte eine Tradition, und es hagelte Aufträge für den Schriftstellerverband, Scharnhorst- und Lützowromane zu schreiben.

Aber bald kam die nächste Überraschung, sogar von autoritativster Seite, nämlich aus Moskau. Kein Geringerer als

Ilja Ehrenburg sprach es aus, daß Romane durchaus nicht „nützlich“ zu sein brauchten und doch vom Publikum gern gelesen würden. Ein müßiges Publikum, das unterhalten und nicht ausgerichtet sein will? Das war ja ein ganz neuer Wind, der den ganzen sozialistischen Realismus in den Müll-eimer der Literaturgeschichte fegen konnte. Man überprüft nun wieder die bisher für „nützlich“ gehaltenen Manuskripte und nimmt wehmütigen Abschied. Will man unnützlich schreiben, so daß es gefällt, ist das auch wieder nicht so einfach. Einmal muß einem etwas Gefälliges einfallen, und dann muß man wohl wenigstens schreiben können — und eben das können ja die braven Parteischüler, die als Schriftsteller „abgestellt“ wurden, zum größten Teil nicht.

Kritiken als Geschenk

Die „Theaterhistorische Sammlung Walter Unruh“ ist dem Theaterwissenschaftlichen Institut der Freien Universität übergeben worden. Walter Unruh hatte seine Sammlung, die etwa 10 000 Autographen, insbesondere Schauspielerebriefe, rund 3000 Theaterzettel, 10 000 Bildnisse und Szenenfotos, 15 000 theaterwissenschaftliche Bücher und eine Fülle von Zeitungsausschnitten mit Kritiken und Aufsätzen über Theater und Schauspieler enthält, in Jahrzehnten zusammengetragen. Er überließ sie jetzt als Stiftung der Stadt Berlin.

(„Die große Hoffnung“), der von der Verbrüderung einer italienischen U-Boot-Besatzung mit geretteten Passagieren eines torpedierten Schiffes handelt; 2. der brasilianische Film „Sinha Moça“, die Darstellung der Sklavenbefreiung in Brasilien; 3. der japanische Streifen „Einmal wirklich leben“, das Schicksal eines sterbenskranken Beamten, der im Wohl tun den Sinn des Lebens erkennt.

Preisgekrönte Filmwerke

Zum Abschluß der „Internationalen Filmfestspiele Berlin 1954“ sind von einem internationalen Gremium drei um die Ideale der freiheitlich gesinnten Welt besonders verdiente Festspielfilme ausgezeichnet worden.

Es sind 1. der italienische Film „La grande Speranza“

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika-Haus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Buxenstein, GmbH.